

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018**

Sitzung Nr. 1 Ö

am Dienstag, 23. Januar 2018

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter
Back, Udo
Dittmann, Rouven
Geider, Adolf
Grün, Klaus
Hecker, Roland
Heger, Roman
Herling, Michael
Kamuf, Carsten
Klemenz, Birgit
Knopf, Norbert
Köck, Siegfried
Krenzke, Marina
Rehorst, Tobias
Ronellenfitsch, Andrea
Runde, Anneliese
Schell, Achim
Speckert, Ferdinand
Weis, Torsten
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Dietz, Peter
Becker, Claudia (bis 20:56 Uhr)
Hausmann, Elke
Heger, Simone
Kleiber, Werner
Laux, Angelika
Zorn, Harry
Lanver, Thomas, Fa. Allevo
Petersohn, Silvio

Sitzungsbeginn: 19:00 Uh

Sitzungsende: 21:38 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 12.01.2018 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 20 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Manuel Thome
Gemeinderat Theo Vetter

Es fehlen unentschuldigt: keine

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö

Tagesordnungspunkt: 1

**Bekanntgabe der am 19.12.2017 nichtöffentlichen
gefassten Beschlüsse und Offenlage des
öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 19.12.2017**

- 022.3 -

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018**

Ausführungen und Beschluss:

Aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 19.12.2017 gibt **Bürgermeister Dr. Eger** bekannt, dass über ein Erwerbsangebot für das Grundstück Leostraße 33 Beschluss gefasst wurde. Einer Personalübernahme im Wege des Betriebsübergangs für das Jugendzentrum wurde zugestimmt. Die Einstellung einer Kommunalen Kinder- und Jugendreferentin zum 01.02.2018 und einer Reinigungskraft in der Parkringschule für die Bezirke Container und Anteil Sporthalle zum 01.01.2018 wurde beschlossen. Der Gemeinderat wurde über eine Kündigung im Bereich Hallenbad sowie über die Stellenbesetzung 2018 für das Einführungspraktikum Bachelor of Arts - Public Management informiert.

Aus der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung vom 25.10.2017 gibt **Bürgermeister Dr. Eger** den Erwerb eines Ackergrundstückes bekannt. Die Veräußerung von Gemeindegrundstücken wurde beraten, jedoch abgelehnt. Über Ansiedlungsgesuche im Gewerbegebiet „Schiff II“ wurde beraten und diese teilweise angenommen und teilweise abgelehnt. Das Erwerbsangebot mehrerer Wohnungen im der Karl-Schmidt-Straße wurde angenommen und dem Verkauf eines Grundstückstreifens in der Kronauer Straße zugestimmt.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden **Gemeinderat Roman Heger** und **Gemeinderat Michael Herling** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

- Keine –

Bürgermeister Dr. Eger gratuliert Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner nachträglich zu seinem 65. Geburtstag und überreicht ein Präsent.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde gratuliert Bürgermeister Dr. Eger nachträglich zu seinem 50. Geburtstag im Namen der Gemeinderäte der CDU, Freien Wähler, Grüne, Junge Liste, SPD und Union.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
Vergabe des Preises für vorbildliche Jugendarbeit	- 458.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er betont, dass der Preis nicht die Jugendarbeit honorieren soll, die bereits durch die reguläre Vereinsförderung unterstützt wird, sondern es sollen Schwerpunkte gefördert werden, die über den eigentlichen Vereinszweck hinausgehen und Aspekte wie Drogenmissbrauch, Suchtprävention, Missbrauch neuer Medien etc. berücksichtigen. Er ist als Ansporn dafür gedacht, dass die Vereine und Gruppen sich auch in Zukunft hierfür engagieren, wiewohl die ehrenamtlich Tätigen auch schon im Trainingsbetrieb stark eingespannt sind.

Auf Vorschlag des Kuratoriums Vorbildliche Jugendarbeit fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Preis für vorbildliche Jugendarbeit im Jahre 2016 wird an folgende Organisationen vergeben:

VfB St. Leon	2.000,00 €
Ministranten Rot	1.500,00 €
FC Rot	1.100,00 €
Jugend-Sport-Event	400,00 €

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018

Bürgermeister Dr. Eger händigt für den VfB St. Leon Herr Thomas Saladin, für die Ministranten Rot Herr Timo Steinhauser, für den FC Rot Herr Martin Kastner und das für Jugend-Sport-Event Herr Thomas Saladin die Preisgelder aus.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö

Tagesordnungspunkt: 5

**Gebührenkalkulation der Abwassergebühren
der Gemeinde St. Leon-Rot**

hier a) Vorstellung Gebührenkalkulation

b) Verzicht der Berechnung der Eigenkapital-Verzinsung

c) Gebührenanpassung

d) Satzungsänderung

- 700.12 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger begrüßt Herrn Thomas Lanver vom Büro Allevo Kommunalberatung GmbH Obersulm.

Herr Thomas Lanver erläutert die Kalkulation der Abwassergebühren anhand der beigefügten Präsentation.

Gemeinderätin Anneliese Runde heißt die Kalkulation im zweijährigen Abstand und den Verzicht auf die Eigenkapitalverzinsung gut, um die Bürger nicht mit sprunghaften Gebührenänderungen zu belasten bzw. günstige Gebührensätze zu ermöglichen.

Gemeinderat Achim Schell bedauert, dass trotz des Verzichts auf die Eigenkapitalverzinsung die Gemeinde im Gebührenvergleich zwischenzeitlich nicht mehr die günstigste ist, und erwägt eine Eigenkapitalzuführung in späteren Jahren um die Gebühren konstant zu halten.

Bürgermeister Dr. Eger warnt davor, diese Hoffnung zu nähren, weil der tatsächliche Aufwand der Abwasserbeseitigung zu finanzieren ist, der aufgrund immer strengerer gesetzlicher Vorgaben Investitionen erfordert, die auch die Entsorgungssicherheit als hohes Gut gewährleisten sollen. Zudem werden die Anlagen mit den Jahren reparaturanfälliger. Durch den Verzicht auf die Eigenkapitalverzinsung subventioniert die Gemeinde den Abwasserpreis bereits mit 114.000 €. Bei der Eigenkapitalzuführung ist dann auch einmal Vorsicht geboten. Im Kreisvergleich liegt die Gemeinde immer noch sehr günstig.

Gemeinderat Udo Back ist der Meinung, dass die Kosten da beglichen werden sollen, wo sie entstehen. Für einen mittleren Vier-Personen-Haushalt kommt es zu einem Minus von 11,50 €. Durch die Kostenaufteilung für Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung hat die Gemeinde das Maximum getan, um die Gebühren niedrig zu halten. Er signalisiert daher Zustimmung.

Gemeinderat Roland Hecker begrüßt den Verzicht auf die Verzinsung des Eigenkapitals und schlägt vor, den Bewertungszeitraum von den bisherigen zwei auf vier Jahre zu erhöhen, da sich das Ergebnis nur minimal geändert hat.

Gemeinderat Norbert Knopf möchte lobend herausheben, dass die Abwassergebühr trotz hoher Investitionen konstant gehalten werden konnte. Er ist für die Beibehaltung des zweijährigen Turnus, damit Über- und Unterdeckungen zeitnah an die Verbraucher weitergegeben werden können, um flexibel für die Zukunft bleiben zu können. Er erwähnt die Möglichkeit zur Befreiung von der Schmutzwassergebühr im Falle eines Leckwasserschadens.

Bauamtsleiter Werner Kleiber stellt richtig, dass es keine Befreiung von der Schmutzwassergebühr gibt, sondern eine reduzierte Gebühr für den Fall, dass reines Trinkwasser in die Kanalisation gespült wurde.

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner plädiert für eine Preisanpassung im Trinkwasserbereich, da Trinkwasser ein wertvolles Gut ist und zunehmend knapp werden kann und die Menschen zum Sparen motiviert werden sollen. Auch in der Abwasserentsorgung müssen immer größere Mengen bewältigt werden durch eine Zunahme der Niederschlagsmengen aufgrund von Starkregen.

Bürgermeister Dr. Eger entgegnet, dass Wasserknappheit in hiesigen Breiten nicht spürbar ist und viele Abnehmer bzw. hohe Wasserverbräuche angesichts der hohen Fixkostenanteile letztlich allen wieder zugutekommen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Der beigefügten Gebührenkalkulation (Anlage 1) wird zugestimmt. Sie hat dem Gemeinderat bei der Beschlussfassung über die Gebührensätze vorgelegen. Den o.g. Grundlagen (Nr. 2 bis Nr. 6) wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat beschließt zu Gunsten der Gebührenzahler auf den Ansatz der Eigenkapitalverzinsung zu verzichten.
3. Auf der Grundlage der vorliegenden Gebührenkalkulation werden die Abwassergebühren für den Zeitraum 01.01.2018 bis 31.12.2019 wie folgt festgesetzt:

Schmutzwassergebühren	2,04 €/m ³
Niederschlagswassergebühr	0,30 €/m ²
4. Der Gemeinderat beschließt die Änderungssatzung zur Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung gem. Anlage 3.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö

Tagesordnungspunkt: 6

**Beratung und Beschlussfassung des
Gemeindehaushalts 2018**

- Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018
- Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe 2018
 - Gemeindewasserversorgung St. Leon-Rot
 - Abwasserentsorgung St. Leon-Rot
 - Erholungsanlage St. Leoner See

- 503.91 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger legt den Haushalt 2018 anhand der beigefügten Präsentation dar. Im Ergebnishaushalt ergibt sich aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen ein ordentliches Gesamtergebnis von rund einer Million Euro im Minus. Hiervon entfallen rund 900.000 € auf Zinsrückstellungen für das Gewerbesteuerisiko einer eventuellen Rückzahlung aufgrund eines anhängigen Gerichtsverfahrens. In der ersten Instanz wurde noch zu Gunsten der öffentlichen Hand geurteilt, und er hofft auf eine rasche Entscheidung wegen der Verzinsung mit stattlichen 6 % pro Jahr, die jedoch nicht über die Geldeinlagen der Gemeinde erwirtschaftet werden können, da bei den Kreditinstituten derzeit eine durchschnittliche Verzinsung von nur 0,2% erzielt wird, d.h. um 1 Mio. € an Zinsen zu erhalten, bräuchte die Gemeinde an Eigenkapital liquide Mittel von 500 Mio. €, also das Zehnfache fast von dem, was die Gemeinde hat, wenn sie dann überhaupt jemanden fände, der ihr das Geld abnähme. Insofern bleibt der Gemeinde nichts anderes übrig, als dieses Geld dem Haushalt zu entnehmen. Unterm Strich beträgt die Entnahme aus der Ergebnismittelrücklage zum 31.12.2018 rund 11. Mio. €; eine Rückstellung für das Gewerbesteuerisiko für diese Rückzahlung wird gebildet von rund 10 Mio. €. Die Gewerbesteuer als Haupteinnahmeposten im Haushalt hatte in den vergangenen Jahren manchmal ganz stattliche Ausreißer nach oben; ganz selten blieb sie ein wenig unter der Erwartung wie z.B. 2009, einem Krisenjahr der Wirtschaft, und überraschenderweise auch 2017, einem Stagnationsjahr. Er hofft auf Stabilisierung in den Folgejahren auf den Stand 2016, weil die Rahmenbedingungen hervorragend und die Erträge gut sind. Trotz Optimismus im Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Situation bzw. der Einschätzung der entsprechenden Fachleute ist angesichts des Ertragsumfangs Vorsicht geboten. Fast 90 % der Erträge im Ergebnishaushalt sind Steuern und ähnliche Abgaben mit rund 68 Mio. €. Ein ganz kleiner Betrag dabei sind die Zinsen und ähnlichen Erträge von 428.000 €, davon sind 328.000 € Darlehen an die Eigenbetrieb, der reine Zinsertrag aus den 50 Mio. € liquiden Mitteln des Gemeindehaushalts sind 100.000 €, entsprechend 0,2 % Zinssatz. Mehr als Dreiviertel am Anteil des Aufwands sind mit 77 % Transferaufwendungen in Form von Umlagen für Gewerbesteuer und andere Einnahmen, die die Gemeinde an Bund, Land und Kreis leistet. Mit den restlichen 23 % bestreitet die Gemeinde Personalaufwendungen, Sachdienstleistungen, Abschreibungen mit 3,6 Mio. €, Zinsen und sonstige ordentliche Aufwendungen. Die Steigerungen beim Personal erklären sich aus der Übernahme von Aufgaben in eigener Trägerschaft, die bisher extern erledigt wurden, wie die Schulsozialarbeit und das Jugendzentrum mit fünf Stellen und einer hierfür notwendigen zusätzlichen Leitungskraft. Gestiegene Personalkosten gibt es auch für die Sozialbetreuung und Verwaltung des Flüchtlingsbereichs mit rund 200 Personen in der Anschlussunterbringung. Aufgrund des großen Investitionsvolumens und der vielen Projekte musste außerdem in einigen Verwaltungsbereichen aufgestockt werden, damit die Wünsche und politischen Vorgaben, die im Gemeinderat formuliert werden, zumindestens annähernd erfüllt werden können. Im Steuerbereich muss mit einem deutlichen Mehraufwand gerechnet werden aufgrund der neu eingeführten Regelung des § 2 a Umsatzsteuergesetz, damit rechtmäßiges Verwaltungshandeln gewährleistet werden kann. Im Finanzhaushalt ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit, wobei Abschreibungen nicht mit berücksichtigt sind. Die Umlagerückstellungen betragen rund 65 Mio. € zum Ende des Jahres 2018. Am Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeiten in Höhe von knapp 16 Mio. € und am daraus resultierenden veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von rund 12,7 Mio. €

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018

sowie an den aus Vorjahren noch übertragenen Mittel von fast 15 Mio. € sieht man, dass man sich ein Riesen-Investitionsprogramm auferlegt hatte, aus dem die vielen Sitzungen und umfangreichen Tagesordnungen im vergangenen Jahr resultierten. Er gibt zu bedenken, dass dies auf Dauer schwierig umzusetzen ist, und deshalb die Überlegung besteht, ab 2019 wieder auf einen Doppelhaushalt umzustellen, weil große Investitionen nicht in einem Jahr abgewickelt werden können angesichts langer Projektvorläufe und Planungsphasen. Er betont, dass es den Mitarbeitern und Gemeinderäten nicht an Motivation mangelt, da die meisten in der Gemeinde leben und St. Leon-Rot nach vorne bringen und die Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger verbessern wollen. Doch müssen die Projekte ordentlich abgewickelt werden. Bei den für 2018 neu eingestellten sind Investitionen sind ein ganz erheblicher Punkt die Grunderwerbe mit über 5 Mio. €, die angesichts von 0,2 % Zins auf der Bank bei liquiden Mitteln als Geldanlagen der Gemeinde Sinn machen in Form von bebauten oder unbebauten Immobilien, die langfristig im Bestand der Gemeinde bleiben sollen, aber auch mit einer Anzahl von Immobilien, die bei Bedarf wieder verkauft werden sollen. Baumaßnahmen bei der Parkringschule und der Mönchsbergschule sind nach der Multifunktionshalle und der Mensa in Rot nun der große Anbau für Klassenzimmer bzw. wird in St. Leon mit einem kleinen Anbau mitgezogen. Fast 1 Mio. € sind geplant für Umbaumaßnahmen an Mietwohngebäuden, für Straßenbaumaßnahmen eine halbe Million, für das Jugendzentrum 600.000 € als Teilfinanzierung, weil sich der Bau über mehrere Jahre hinziehen wird, für das Spielplatzkonzept 400.000 €, und 540.000 € für den Harres, für den in den letzten Jahren immer viel Geld in die Hand zu nehmen war, um ihn auf der Höhe der Zeit zu halten oder auch zu verbessern. Mit dem Bau einer Rampe werden der notwendige zweite Rettungsweg in die Sporthalle und Anlieferungsmöglichkeiten für größere Veranstaltungen geschaffen. Er weist darauf hin, dass 5 Mio. € Finanzierungsmittel für die Gemeindebetriebe den liquiden Mitteln der Gemeinde entnommen werden: Knapp 3 Mio. € an Darlehen und Eigenkapitalzuführungen von rund 2,3 Mio. €. Die Darlehen fließen auch an die Gemeinde wieder zurück zu einem etwas höheren als banküblichen Zinssatz, dafür muss der Betrieb auch einen geringeren als banküblichen Darlehenszins bezahlen zum beiderseitigen Nutzen. Es besteht kein Zwang, dass die Gemeinde den Betrieben die Darlehen gewährt, da diese sich das Geld auch auf dem Kapitalmarkt beschaffen könnten, sodass in diesem Falle diese 3 Mio. € bei den liquiden Mitteln noch vorhanden wären. Die Gemeinde bedarf keiner Kreditaufnahme und finanziert als ihre eigene Bank die Betriebe. Darüber hinaus sind Verpflichtungsermächtigungen von rund 3,3 Mio. € in der Öffentlichkeit bewusst zu machen. Grundsteuersätze von 200 %, und Gewerbesteuersätze von 280 % sind sensationell niedrige Werte, die im Bereich Grundsteuer jedem einzelnen Bürger als Immobilienbesitzer oder Mieter zugutekommen. In Summe wird die Gemeinde zum Ende des Jahres 2018 fast 17 Mio. € an Darlehen an die Betriebe gewährt und innerhalb der letzten vier Jahre Eigenkapitalzuführungen an die Eigenbetriebe in Höhe von 7,6 Mio. € geleistet haben. Er ist der Meinung, dass man angesichts Darlehen und Eigenkapitalzuführung von fast 25 Mio. € an die Betriebe hier die Schraube nicht überdrehen darf. Zusammen mit den Grunderwerben in den letzten zwei Jahren für rund 10 Mio. € sind das 35 Mio. Euro die nicht verkonsumiert, sondern umgeschichtet sind, weil sie in den Betrieben als Gemeindeteile und als Immobilien in Form von Sachwerten erhalten sind. Im Finanzplanungszeitraum sind noch etliche Projekt bekannt aus den Vorjahren, allerdings möchte er klar darauf hinweisen, dass nicht alles und vor allem nicht alles auf einmal gemacht werden kann; selbst bei der guten finanziellen Ausstattung stößt die Gemeinde an ihre Grenzen nicht nur in personeller Hinsicht, sondern wenn es zeitlich zu ambitioniert geschehen soll, auch in finanzieller Hinsicht. Die im Finanzplanungszeitraum bis 2021 dargestellten Maßnahmen sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass mit den übertragenen Mitteln und mit den für 2018 geplanten Mitteln insgesamt 26 Mio. € dieses Jahr noch ausgegeben werden müssten, was ihm allerdings als Illusion erscheint. Die Rücklage aus dem ordentlichen Ergebnis würde auf immer noch gute 8,4 Mio. € absinken, jedoch wäre der Finanzmittelbedarf mit 16,2 Mio. € beträchtlich. Die liquiden Mittel werden bei planmäßigem Verlauf von über 90 Mio. € in 2016 auf etwas über 50 Mio. € in 2018 abschmelzen, so dass sich eine deutliche Mittelentnahme zeigt. Bis 2021 würden sie ganz gravierend nach unten gehen auf rund 35 Mio. € bei einer Umlageverpflichtung von 65 Mio. €, was dem erklärten Ziel entgegensteht, die Umlageverbindlichkeiten immer durch die liquiden Mittel zu decken. Andererseits findet die Gemeinde fast keine Bank mehr, die ihr Geld überhaupt noch nimmt, ohne dass sie etwas dafür bezahlen muss, und wenn, dann mit besagter Verzinsung von 0,2 %. Wenn nun die als grüner Balken dargestellten 35 Mio. € an Eigenkapitalzuführungen, Darlehensgewährungen an die Betriebe und Immobilienerwerbe zu den liquiden Mittel hinzugezählt werden, erkennt man die Umschichtung, und muss ggfs. erwägen, auch wieder einmal Grundstücke zu verkaufen, wenn es notwendig ist. Er warnt davor, sich im Hinblick auf Anzahl und Größe der Projekte zu überfordern, und schlägt vor, sich ab 2019 grundsätzlich über Prioritäten zu unterhalten. Nach der Prognose 2014 für die damalige Finanzplanung hätte die Gemeinde Ende 2017 mit den liquiden Mitteln auch schon bei 60 Mio. € sein müssen, was aber nicht der Fall ist, sondern zum 31.12.2017 sind immer noch knapp 90 Mio. € liquide Mittel im Bestand. Durch die Mittelübertragung und die große Zahl der nicht bewältigten Projekte ergibt sich hier immer auch eine verzerrte Darstellung. Er mahnt zu Vorsicht und Zurückhaltung bei den Darlehensgewährungen an die Betriebe, die ohne weiteres bei Banken Darlehen aufnehmen können, bzw. bei den Eigenkapitalzuführungen angesichts der erreichten sieben bis acht Millionen Euro. Bei den Projekten muss man aufpassen, dass das alles noch darstellbar bleibt. In Summe wurde dann wieder ein sehr ambitioniertes Zahlenwerk vorgelegt, das im Finanzausschuss in zwei Sitzungen sehr ausführlich vorberaten wurde mit der Empfehlung an den Gemeinderat, den Haushalt und die Wirtschaftspläne entsprechend zu beschließen.

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018

Gemeinderat Siegfried Köck bittet gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats um Aufnahme ins Wortprotokoll: „Herr Bürgermeister Dr. Eger, sehr geehrte Damen und Herren, das Jahr 2017 war ein sehr arbeitsintensives, nicht nur für uns Gemeinderatsmitglieder mit langen und zahlreichen Sitzungen, sondern vor allem für die Verwaltung. Besonders im Bauamt wurde nicht gekleckert sondern geklotzt regelrecht. Stein auf Stein werden viele Bauprojekte Realität, die hier im Ratssaal beschlossen wurden. Bürgerentscheid Kramer Mühle, ausstehende Kaufentscheidung Pfarrgarten, Schulerweiterung, Waldkindergarten, um nur einige erste Gedankensplitter unserer Arbeit hier zu benennen, auch überdurchschnittlich viele Personalentscheidungen gingen damit einher. Zwei Dinge sind an diesem Haushalt bemerkenswert: Zum einen ist es der erste Haushalt seit Einführung der Doppik 2014, der mit einem geplanten Minus von 1,076 Mio. € abschließt. Zum anderen hat der Berg an nicht umgesetzten Investitionsvorhaben inzwischen eine Größe von rund 20 Mio. € erreicht, zwei Punkte, die uns alle, werte Kollegen und Kolleginnen, zum Nachdenken anregen sollten. Wir ziehen das Fazit daraus, dass wir einerseits realistischer bei der Umsetzbarkeit arbeiten müssen, Herr Dr. Eger hat darauf hingewiesen: Ein Haushaltsplan kann nur das leisten, was auch die Verwaltung umsetzen kann. Zudem sollten das negative Ergebnis und große Risiken in der Finanzplanung – Stichwort Gewerbesteuererisiken - das haben wir eben auch gehört - aus unserer Sicht einen noch umsichtigeren Umgang mit unseren Finanzmitteln zur Folge haben. Ich würde jetzt nur ganz kurz das Zahlenwerk vorlesen. Hier ein paar nackte Zahlen, die maßgeblich für diesen Haushalt sind: Der Ergebnishaushalt, also die laufenden Ein- und Ausgaben der Gemeinde, schließt im Jahr erstmals seit der Einführung der Doppik mit einem geplanten Minus von 1,076 Mio. € ab. Erträgen von 76,3 Mio. € stehen leider Aufwendungen Höhe von 77,4 Mio. € gegenüber. Somit können die geplanten ordentlichen Aufwendungen, das ist sehr wichtig, meine Damen und Herren, erstmals nicht durch ordentliche Erträge gedeckt werden. Die Gewerbesteuereinnahmen betragen jetzt 2018 im Planansatz ca. 54 Mio. €. Wir hoffen, dass diese eintreffen. Die Freien Wähler sehen das eher optimistisch, als eine optimistische Planung. Die Einkommensteuer, eine für unsere Gemeinde - wurde heute noch nicht genannt - zweite wesentliche Einnahmeposition mit einem geplanten Betrag von 8,9 Mio. €, ist für unsere Gemeinde ebenfalls sehr wichtig. Hohe Gewerbesteuereinnahmen verpflichten aber auch zu hohen Transferaufwendungen wie wir sie heute in der Folie fünf gesehen haben. Somit ergeben sich für uns etwa 59,2 Mio. € Umlageverpflichtungen. Weitere wesentliche Transferaufwendung ist die Kindergartenförderung als Pflichtaufgabe mit 9,665 Mio. €. Das ausstehende Gewerbesteuerisiko ist nach aktuellem Stand mit ca. 9 Mio. € zu beziffern. Hinzu kommen noch 20 Mio. € verschiedenster Maßnahmen, welche noch zu bearbeiten sind. Wenn man nur die Liquidität zum Jahresende 2017 von 89 Mio. € ansieht, den Betrag haben wir gehört, könnte man meinen, im Verhältnis zu den Umlage-Rückstellungen von 65,4 Mio. € über eine sogenannte „Freie Liquidität“ zu verfügen. Die Zahlen mit Mittelübertragungen von 20 Mio. € und einem negativen Finanzierungssaldo von 12,7 Mio. € aus dem aktuellen Haushaltsjahr 2018 zählen wir hinzu, so ist die freie verfügbare Liquidität bereits 2018 aufgebraucht. Der 5-Jahresplan, darauf sind Sie auch eingegangen, angenommen es würde so weiter gehen bis Ende 20/21, hätten wir noch rund 35,7 Mio. € bei einem Umlagebedarf von rund 69 Mio. € ohne Berücksichtigung von Gewerbesteuer- und Zinsrisiken durch laufende Klageverfahren. Bleibt nun zu hoffen, dass die Gewerbesteuereinnahmen weiterhin in gewohnter Höhe wie bisher fließen. Unterm Strich stehen dann knapp 3,2 Mio. €, die wir aus Finanzierungsmittel für Investitionen zur Verfügung haben. Aber trotzdem, in Zeiten niedriger Zinsen erscheint uns eine starke Investitionstätigkeit dennoch sinnvoll. Gleichzeitig erhalten wir die Infrastruktur unserer Gemeinde auf einem hohen Niveau. Aber leider gelingt es uns seit Jahren nicht, die verabschiedeten Haushaltspläne vollständig abzuarbeiten. Darauf sollten wir in Zukunft besonders achten, indem wir bei künftigen Vorhaben die Investitionen möglichst über längere Zeit verteilen und wünschenswerte Projekte gegebenenfalls wieder aufschieben, dies deckt sich auch mit Ihren Ausführungen, Herr Dr. Eger. Instrumente wie ein Masterplan haben sich bei der Gestaltung der Ortsdurchfahrt Rot oder auf den Friedhöfen, deren Gestaltung bei der Bevölkerung gut ankommt, sehr bewährt und sollten weiterhin auch für andere Projekte Anwendung finden. In jedem Fall wünschen wir uns Augenmaß bei der Betrachtung großer Investitionen und eine realistische Zeitplanung für deren Umsetzung. Erfreulich ist auch, dass die Eigenbetriebe mit derzeit 16,8 Mio. € an Krediten vom Haushalt ausgestattet sind. Die zinsgünstigen inneren Kredite sind somit ein Beitrag, um die Gebührensätze positiv für die Bürger zu beeinflussen. Jetzt komme ich zu den Sachthemen. Nach diesem Blick auf die Zahlen möchten wir noch kurz auf ein paar Themen eingehen, die 2018 besonders im Fokus stehen: Einer aktuellen Umfrage der Caritas zufolge ist das Thema bezahlbares Wohnen zusammen mit den Themen Pflege, Kinderarmut und Rente eines der zentralen Themen, mit denen sich die Politik beschäftigen sollte - noch vor dem Thema Arbeitslosigkeit. Fast vier von fünf Befragten sehen das Risiko, wegen der steigenden Mieten in Armut zu geraten. Der Ruf nach staatlichem Wohnungsbau hallt durch das ganze Land, schultern sollen es dann jedoch wie so oft wieder die Kommunen. In der KWG haben wir konstruktive Ergebnisse gefunden, wie wir als Kommune unseren Anteil daran leisten könnten, Abhilfe zu schaffen und die Wohnbedürfnisse zu befriedigen. So schaffen wir bezahlbaren Wohnraum etwa für Alleinstehende, Senioren und Familien. Alleine schaffen wir das nicht, auch Land und Bund sind gefragt sowie die Privatwirtschaft. Was uns noch ein bisschen fehlt, ist eine Vision für die Zukunft: Wo soll es im Wohnungsbau hingehen? Soll die Gemeinde weiter wachsen? Neue Baugebiete und Wohnungen führen auch zu Anschlussinvestitionen, wie Bau von Kindertageseinrichtungen, Erweiterungen oder Neubau von Schulen, neue Straßen mit Kanal und Investitionen, die sich später in den laufenden Ausgaben, nie-

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018**

derschlagen. Wieviel Wachstum verträgt unsere Gemeinde noch? Auch das müssen wir hinterfragen meine Damen und Herren. Mittlerweile zählt St. Leon-Rot mit über 13.500 Einwohner zu einer der attraktivsten Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis. Thema Verkehr: Täglich kommen Klagen aus der Bevölkerung über den hohen Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen, über vollgestopfte Straßen einschließlich wild parkender Autos etc. Auch hier im Rat wird regelmäßig über Missstände beim Thema Verkehr geklagt. Es gäbe viele Themen, die wir hier aufzählen könnten und deshalb wollen wir das Thema Verkehr wieder mehr auf der Agenda verankert wissen. Mit der Neubesetzung im Ordnungsamt (Verkehrsbehörde) kann jetzt die Arbeit hier wieder sprichwörtlich Fahrt aufnehmen. Wir fordern die Gemeindeverwaltung daher auf, die Arbeit am Runden Tisch zur Verkehrsentwicklung wieder aufzugreifen – Fragen wie Parkraummanagement, Schulwegepläne, Fahrradwegekonzeption oder auch verbesserte sinnvolle Straßenführungen (Einbahnstraßen) sind weitere aus unserer Sicht drängende Fragen, die in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft (Stichwort „Runder Tisch“) weiterentwickelt werden sollten. Wir gehen davon aus, dass diese Forderungen der Liste, die wir abgegeben haben, bis Mitte des Jahres erste Früchte trägt. Eine weitere Stelle für den Gemeindevollzugsdienst werden wir im Moment nicht mittragen, da die Voraussetzungen der aufgezählten verkehrlichen Maßnahmen noch nicht umgesetzt sind. Zur Verkehrsberuhigung können wir uns stationäre Blitzer an entsprechenden Stellen, Ortseinfahrten bzw. Hauptverkehrsstraßen vorstellen. Einige Nachbarkommunen haben hier bereits gute Erfahrungen gemacht. Wir befürworten daher die Planung von Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen. Grundlage für einen geregelten Verkehr sind gute Straßen, auch hier arbeiten wir weiter an einer Optimierung der Straßenverhältnisse mit zahlreichen Investitionen im Haushalt. Für Lärmschutz an den Autobahnen sind inzwischen erste Planungen auf den Weg gebracht. Wichtig ist uns, auch wenn wir kürzlich über die Bauverzögerung erfahren haben, dass wir auch die nicht unerheblichen finanziellen Mittel für die Eigenbeteiligung der Gemeinde in der langfristigen Finanzplanung sichern und diese nicht durch andere Maßnahmen „gefressen“ werden. Wir begrüßen im Übrigen, dass die Bushaltestellen barrierefrei umgestaltet werden. Dies muss natürlich konsequent weiterverfolgt werden. Neben dem Straßenverkehr wird der Datenverkehr immer mehr zu einer Standortentscheidung für Unternehmer und Privatleute. Wir hoffen, dass das kreisweite Glasfasernetz bald auch in St. Leon-Rot optimale „Surfgeschwindigkeiten“ bietet. Bei den Umweltzielen für 2018 ist uns die Umsetzung der Installation von Ladesäulen für E-Fahrzeuge wichtig. Unsere Gemeinde soll sich nach unserer Meinung auch in diesem Bereich der Elektromobilität als Schrittmacher betätigen. Wir wünschen uns natürlich eine hohe Nutzung des bereitgestellten Car-Sharing in der Gemeinde. Ressourcenschonung betreiben wir langfristig gesehen auch mit der Umstellung der Straßenlaternen auf LED-Technik. Auch hier soll es schrittweise weitergehen. Herr Kleiber informiert ja regelmäßig über den Sachfortschritt. Gerade in der verlängerten Wieslocher Straße haben wir durch den Ausbau und die Erneuerung der Beleuchtung zudem Sicherheit für die Fahrradfahrer geschaffen. Wir wünschen auch wie bereits beantragt, dass in unserer Gemeinde an möglichen Stellen Mandelbäumchen und Esskastanien gepflanzt werden. Für die Einrichtung einer modernen Gemeindebücherei, die wir eher als Mediathek sehen, sollte die Verwaltung den bereits vorgeschlagen Standort in diesem Jahr dem Gemeinderat zur Abstimmung bringen. Wir bitten um eine Vorlage noch in der ersten Jahreshälfte. Die Verwaltung hatte ja in einer Sitzung den Standort neben dem Schwimmbad vorgeschlagen. Ein großes Thema ist aktuell in unserer Gemeinde der Erhalt historischer Gebäude, manche sollte man dabei nicht aus den Augen verlieren. So würden wir uns wünschen, dass etwa das Gasthaus zum Hirsch wieder in die Ursprungsform, was die Fassade betrifft, zurückgebaut wird, sofern Bauleistungen in diesem Jahr getätigt werden. Auch unseren Antrag, die Sanierung des Sockels an der Kastanienschule anzugehen, finden wir für die Erhaltung dieses historischen Gebäudes sehr wichtig. Herr Dr. Eger hat in seiner öffentlichen Stellungnahme zum Jahresrückblick in der RNZ darauf hingewiesen, dass in der Vergangenheit kein Geld da war, um historische Gebäude zu erhalten. Nun ist es an der Zeit die wenigen verbleibenden architektonischen Zeitzeugen zu erhalten. Zu diesen zählt auch das Pfarrhausareal in der Leostraße. Dennoch sahen wir damals bereits im letzten Jahr den geplanten Erwerb des ehemaligen Pfarrhauses mit dem Nutzungskonzept als kritisch. Die zu wuchtige Bebauung im Pfarrgarten mit dem damaligen Nutzungskonzept erschien uns wirklich zu massiv. Da die künftige Nutzung des Gebäudekomplexes scheinbar wieder offen ist, wird im kommenden Jahr auch hierüber intensiv diskutiert werden müssen. Wir erwarten hier eine sinnvolle Nutzung dieses Areals. Und wir sind froh darüber, dass nun für das ebenfalls für diese Fläche anvisierte Projekt für Menschen mit und ohne Behinderung des Vereins SMILE eine Alternative gesucht wird, damit für die Initiatoren Planungssicherheit besteht. Wir freuen uns auch für die Bauplanung für das Jugendzentrum, die Summen wurden genannt. Um unser Sport- und Kulturzentrum zukunftsfähig zu erhalten, sind auch in diesem Gebäude Erneuerungen unumgänglich. Wenn jetzt die Küche saniert ist, die Abfahrtsrampe in die Ausführungsphase kommt, so sind im Haushalt, für dieses Jahr ich habe die Summe korrigiert, Herr Dr. Eger, auf 540.000 €, für den Harres erforderlich, um auch weiterhin größere Veranstaltungen besonders im Sportbereich anbieten zu können. Weiterhin ist uns die Kontinuität bei der Unterstützung unserer Vereine und sozialen Einrichtungen ein besonderes Anliegen. Die ärztliche Versorgung wird mit dem neuen Ärztehaus sichergestellt. Das Thema Flüchtlingsbetreuung bleibt weiterhin unsere Aufgabe, hat jedoch an Brisanz verloren. Während andere Gemeinden noch mitten in der Standortplanung für Unterkünfte sind, weil die Landes- und Kreiseinrichtungen immer mehr zu Lasten der Anschlussunterbringung geräumt werden, sind wir in St. Leon-Rot sehr gut aufgestellt und vorbereitet. Auch personell wird das Team im Rathaus von einem vom Land bezuschussten Integrationsmanager ergänzt und ist damit sehr gut aufgestellt. Ein solcher Haushalt fällt nicht vom Himmel: Vielen Dank daher an

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018

alle, die sich den Kopf darüber zerbrochen haben: Alle Fachämter und vor allem die Kämmererei mit Herrn Zorn und Herrn Thome an der Spitze, bei denen die Vorschläge gebündelt und umgesetzt wurden, auch an die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die konstruktiven Beratungen. Wichtig ist uns, dass nun auch in der Bevölkerung kommuniziert wird, was für das kommende Jahr geplant ist. Ebenso bedanken wir uns bei allen Vereins- und Interessensvertretern für ihre Anregungen, die in das Zahlenwerk eingeflossen sind, genauso wie bei den ganz normalen Bürgern für ihre Ideen, die dafür sorgen, dass wir mit dem Haushaltsplan wieder einen Kompass bzw. eine gute Landkarte für unsere Arbeit im neuen Jahr haben. Dafür lohnt sich eine intensive Diskussion. Die Fraktion der Freien Wähler stimmt deshalb dem Haushaltsplan 2018 sowie den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zu. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen und mich noch bedanken bei meiner Fraktionskollegin bzw. -kollegen für die Mitarbeit bei dieser Haushaltsrede. Vielen Dank für die Geduld und fürs Zuhören und die Aufmerksamkeit. Dankeschön.“

Gemeinderat Roman Heger spricht trotz Nichterreichen des Planansatzes von einem sehr stabilen Haushalt. Auch 2018 werden wieder große Investitionen getätigt werden, bei denen die Union an einigen Stellschrauben noch etwas, zumeist nach unten, korrigieren möchten. Sehr positiv ist für ihn, dass die Eigenbetriebe durch Eigenkapitalzuführungen von über 2,3 Mio. € unterstützt werden. Er signalisiert Zustimmung in allen drei Punkten.

Gemeinderat Udo Back bittet gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats um Aufnahme ins Wortprotokoll: „Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und -kollegen. In dem vorgetragenen Haushaltsplan 2018 gibt es viel Erfreuliches, aber auch Negatives zu vermerken. Erfreulich ist, dass die Gewerbesteuer voraussichtlich gegenüber dem Vorjahr um eine Million Euro höher liegen wird und auch beim Gemeindeanteil der Einkommenssteuer dieses Jahr im Vergleich zum Vorjahr mit Mehreinnahmen zu rechnen ist. Auch am Anteil der Umsatzsteuer zeichnet sich ein Plus ab, was insgesamt eigentlich zu einer entspannten Einnahmenseite führt. Der Gewerbesteuerhebesatz und die beiden Grundsteuerhebesätze können weiterhin auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre belassen werden. Dies ist ein finanzieller Pluspunkt unserer Gemeinde für unsere Einwohner und Gewerbetreibenden im Vergleich zu anderen Kommunen. Negativ zu sehen ist allerdings die Entwicklung des Gesamtergebnishaushaltes über die letzten drei Jahre hinweg von plus 2,8 Millionen über eine knappe, positive Null bis zu dem geplanten, negativen Ergebnisses von rund einer Million Euro. Somit planen wir dieses Jahr mehr Geld auszugeben, als wir voraussichtlich einnehmen werden. Dies widerspricht den finanziellen Leitlinien unserer CDU-Fraktion und wir werden diesem Trend in den kommenden Jahren entgegenwirken. Dieses Jahr jedoch werden wir dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe zustimmen. Wir rechnen damit, dass wiederum nicht alle Investitionsprojekte in diesem Jahr umgesetzt werden können und somit die Ausgaben nicht die geplante Höhe erreichen. Des Weiteren schichten wir nicht unerhebliche Kapitalwerte in Immobilienwerte um. Zukünftige Investitionswünsche müssen wir sehr genau auf ihren Bedarf prüfen, denn die Unterhaltungskosten der derzeitigen Gemeindegebäude und z. B. Sanierungsmaßnahmen der Ortsstraßen werden einen großen Anteil zukünftiger Haushalte sein. Wir müssen immer mit in Betracht ziehen, dass unsere hohen Gewerbesteuererinnahmen zu einem sehr großen Teil von der positiven Entwicklung eines Unternehmens abhängig sind. Dies birgt immer auch ein Risiko, dem es mit einem sicheren, finanziellen Polster entgegenzuwirken gilt. Kein Anleger würde sein gesamtes Kapital auf eine Aktie setzen. Unsere Finanzplanung steht aber unserer Meinung nach hauptsächlich auf diesem einen Bein. Natürlich ist die Entwicklung dieses Unternehmens mit weiteren neuen Arbeitsplätzen und Gebäuden dieses Jahr sehr erfreulich, aber das Risiko bleibt. Den einzelnen Verwaltungsbereichen mit ihren Mitarbeitern möchten wir hier mal ein Dankeschön für die Erstellung und die Umsetzung der einzelnen Aufgaben des Haushaltsplanes sagen. Dies ist mit Sicherheit nicht immer eine leichte Aufgabe. Vielen Dank.“

Für **Gemeinderat Roland Hecker** beherrscht die Wunschliste „In unserer Gemeinde geht alles“ den Gemeindegeldhaushalt auch in den kommenden Jahren. Der 80-Prozent-Einnahmeanteil aus der Gewerbesteuer ist einem Risiko unterworfen, das für die Gemeinde nicht beeinflussbar ist und in einer direkten Abhängigkeit zur weltwirtschaftlichen Entwicklung und zur unternehmerischen Entscheidung, fixiert auf einen einzelnen Unternehmensbereich, steht. Die Gemeinde St. Leon-Rot deckt mit einem Bevölkerungsanteil von 2,5 % im Rhein-Neckar-Kreis immerhin 6 % des Kreishaushaltes. Eine Rücklage, die im Minimum den zweifachen Jahresbeitrag der Kreisumlage nicht abdeckt, kann bei einer Veränderung nicht beeinflussbarer Einnahmesituationen zwangsläufig zum finanziellen Desaster der Gemeinde führen. Der vorgelegte Haushalt weist erstmals eine Reduzierung im Ergebnis vor. Auf der Ausgabenseite sind Pflichtausgaben und Betriebs- bzw. Unterhaltungsaufwendungen nicht beeinflussbar. Die für 2018 geplanten Investitionen von mehr als 14 Mio. € schaffen Werte für die Zukunft aber auch Unterhaltungskosten und Werteverlustkosten für Abschreibungen. Die aus der Einnahmenseite zur Verfügung stehende Mittel werden durch Pflichtaufgaben, durch Umlage des Kreises und des Landes, durch Abschreibungen, durch Kosten für Betrieb und Unterhaltung, gemeindeeigener Unternehmen und Gebäude beschränkt. Gestaltungsräume nehmen aufgrund der Investitionstätigkeit ab und werden bei unveränderter Entwicklung auf der Ausgabenseite nicht mehr vorhanden sein. Bei zukünftigen Entscheidungen sollen daher die Folgekosten der Maßnahmen berücksichtigt werden. Liquide Mittel sind nur solche

Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018

Mittel, die der Gemeinde unmittelbar zur Verfügung stehen, nicht jedoch Darlehen und Kapitalaufstockungen. Seine Fraktion stimmt dem Haushalt zu verbunden mit den Verpflichtungen, weitere Investitionen der kommenden Jahre einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Gemeinderat Rouven Dittmann dankt für die Darstellung des umfangreichen Zahlenwerks und gibt zu bedenken, dass die Gemeinde allmählich ihre Ausgaben planen muss. Die Investitionen und Subventionen kommen direkt den Bürgerinnen und Bürgern zugute und er plädiert dafür, das so lange zu tun, wie die Gemeinde es sich leisten kann. Die Pflicht zur Vorsorge für die Zukunft besteht dennoch, damit nicht kontinuierlich ein negatives Ergebnis eingefahren wird. Trotz des enormen Haushaltsvolumens von 76 Mio. € ist der tatsächliche Spielraum aufgrund der hohen Transferleistungen doch sehr viel geringer. Durch zahlreiche Investitionen wurden viele neue Stellen mit einem Zuwachs von 1,5 Mio. € geschaffen, was ebenfalls zur Steigerung der Fixkosten geführt hat. Er signalisiert Zustimmung zum Haushalt.

Gemeinderat Norbert Knopf bittet gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats um Aufnahme ins Wortprotokoll: „Vorbemerkung: das Wort sparen ist bisher von keinem meiner Vorredner gefallen, somit scheinen die Finanzen nicht sonderlich gefährdet zu sein ungeachtet der angedeuteten Risiken meiner Vorredner. Was verbraucht Zeit bei der Umsetzung von Projekten? Heute sind wieder viele Zahlen erörtert worden. Insgesamt sehen wir Grünen die Finanzen von St. Leon-Rot als gut geordnet an. An den Finanzen scheitern oder verzögern sich Projekte in St. Leon-Rot eher selten. Für die Umsetzungsgeschwindigkeit von Projekten gibt es bei uns andere Gründe. Dazu möchte ich heute einige Anmerkungen machen. Zunächst ein Beispiel für ein einfaches Projekt: Wir haben in diesem Haushalt angeregt, einen Radweg zu bauen, der von der neuen Ampel am Fußballgolf zu den bestehenden Wegen im Wald und Feld in Richtung Kirrlach führt. Bei diesem kleinen Projekt wird nun die Verwaltung prüfen, ob das machbar ist und wenn ja, in welcher Beschaffenheit ein Weg möglich ist. Mit etwas Glück kann der Weg noch in diesem Jahr realisiert werden. Der begrenzende Faktor bei diesem Projekt ist die personelle Ausstattung in der Verwaltung. Liegenschaften und Baumöglichkeiten müssen geprüft und abgeklärt werden. Bei den vielen Projekten, die sonst noch anstehen, wird man dafür eine Lücke suchen müssen. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass dies gelingen wird. Bei einem anderen Projekt, der Einstellung eines Naturschutz- und Umweltbeauftragten, ist die Umsetzung von einem anderen Faktor abhängig. Zwar sind wir Grünen davon überzeugt, dass eine solche Stelle sinnvoll und notwendig ist, da wir genug Aufgaben und Betätigungsmöglichkeiten sehen. Als Stichworte seien nur genannt Biotopvernetzung, Artenvielfalt und Umweltbildung. Jedoch fehlt es hier noch an einer weitergehenden Unterstützung durch die anderen Fraktionen. Wir haben deshalb auch zugestimmt, das Thema Notwendigkeit und Umfang einer solchen Stelle im Laufe des Jahres nochmals zu diskutieren. Hier ist es uns wichtig, viele Mitglieder des Gemeinderats von der Notwendigkeit einer solchen Stelle zu überzeugen. Dies braucht Zeit und Beispiele, die sich nach unserer Meinung auch im Laufe des Jahres ergeben werden. Daher sind wir bereit zu warten und bei Gelegenheit an unser Anliegen zu erinnern. Eine ganz andere Art von Verzögerung ist manchmal schwer auszuhalten, wenn man in etwa so ungeduldig ist wie ich. Hat ein Projekt alle Hürden in Verwaltung und Gemeinderat genommen möchte ich es schnell umgesetzt wissen. Doch auch hier ist es manchmal ratsam zu warten. Dies ist z. B. der Fall, wenn Bürgerbeteiligung ein sinnvolles Element ist. Für den Haushalt 2018 sehen wir eine solche Beteiligungsschleife bei der Neugestaltung von zwei Spielplätzen - also dem Feuerwehrspielplatz in St. Leon und dem Spielplatz an der Parkringschule in Rot als sinnvoll an. Eine Bürgerbeteiligung, inklusive Kinder- und Jugendbeteiligung, sehen wir deswegen als sinnvoll an, da in den Gemeinden um uns herum attraktive Spielplätze entstanden sind, die einen Erlebniswert haben, den unsere Spielplätze bisher nicht bieten. Diese Erfahrungen und Wünsche der Eltern mit in die Neugestaltung der Spielplätze aufzunehmen erachten wir für sehr sinnvoll. Durch diese Beteiligung wird es dann auch für alle Beteiligten einfacher, die nicht ganz billige Umsetzung zu machen und umzusetzen. Wir denken, dass in diesem Bereich viele Bürger sich einbringen wollen, und dieses Anliegen unterstützen wir gerne, auch wenn wir dadurch ein wenig später loslegen können. Insgesamt macht es also Sinn Projekte sorgsam zu entwickeln und sich die Zeit für das Für und Wider zu nehmen. Dabei müssen wir sowohl die Ressourcen der Verwaltung, als auch die Entscheidungsfindung im Gemeinderat und den Wunsch der Bürger nach Beteiligung in Einklang bringen. Dazu sind wir bereit und denken das dies gut gelingen kann.“

Gemeinderat Prof. Dr. Wolfgang Werner bittet gemäß § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderats um Aufnahme ins Wortprotokoll: „Den Haushaltsplan 2018 haben wir am Ende des vergangenen Jahres eingehend beraten. Für diejenigen, die des Lesens nicht mächtig sind, wurde zuvor schon genügend aus dem Zahlenwerk rezipiert. Die SPD stimmt dem Haushalt grundsätzlich zu, möchte aber dazu Stellung nehmen: Da die Gemeinde durch Gewerbesteuer-Einnahmen gesegnet ist, haben wir Gestaltungsmöglichkeiten, von denen andere Gemeinden nur träumen können. Notwendigen Maßnahmen für die Gemeindeinfrastruktur und die Schulentwicklung wird Rechnung getragen. Vielen Dank da auch an die Gemeindeverwaltung. Der Gemeinderat sollte sich aber die Frage stellen, ob er regieren, d.h. gestalten, oder nur reagieren will und die jeweils vom „Schultes“ vorgelegten Tagesordnungspunkte abarbeiten will. Auch eine Aufgabe für das kommende Jahr. Die SPD-Fraktion möchte nicht nur in diesem Haushaltsjahr, sondern auch in den folgenden

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018**

Jahren drei Gestaltungsfelder aufzeigen und bittet die anderen Fraktionen um Mitarbeit, es gibt da auch einige Übereinstimmungen mit den Freien Wählern, wie Sie feststellen werden: Erstens: Die in und um St. Leon-Rot angesiedelten Betriebe sind ein großer Vorteil für uns. Da Preise sich nach Angebot und Nachfrage richten, ist der Wohnungsmarkt bei uns jedoch angespannt bis überhitzt. Grundstücks-, Wohnungs- und Mietpreise sind so hoch, dass sich außer „Eingeborenen“, die aus dem Familienbesitz über Häuser und Grundstücke verfügen, Familien mit mittlerem Einkommen und mehreren Kindern es sich kaum leisten können, hier zu wohnen. Der „freie Markt“ sorgt leider nicht für diesen bezahlbaren Wohnraum. Wir möchten als Sozialdemokraten deshalb die Politik verfolgen, dass die Gemeinde über die kommunale Wohnungsbaugesellschaft nicht nur Wohnungen für Bedürftige baut, ankauft und vermietet, sondern auch für Familien mit mehreren Kindern und geringerem Einkommen, die durchaus oberhalb der Grenze für Sozialhilfeempfänger liegen. St. Leon-Rot kann keine Gemeinde nur für Gutverdiener sein. Sonst nimmt die Zahl der Hausfrauenpanzer (SUVs) für's Brötchenholen zu. Was aber gerade gut tut, sind die kernig normalen Bürger, denen man hier begegnet, und so soll es auch bitte bleiben. Zweitens: Nicht nur bei uns steigt der prozentuale Anteil der Senioren in der Gemeinde. Dies hat Auswirkungen, denen man vorausschauend begegnen sollte. Die Senioren-Befragung der Gemeindeverwaltung war hier schon ein sehr begrüßenswerter Schritt. Altenheime und betreutes Wohnen werden weiter ausgebaut. Zusätzlich benötigen wir aber auch altengerechte Wohnungen in den Siedlungsmitteln, wo bewegungs-eingeschränkte alte Menschen am Gemeindeleben teilhaben können. Einkaufen, Gemeinde-Veranstaltungen besuchen und Ärzte konsultieren ist dann auch ohne eigenes Auto möglich. Auch hier müssen wir als Gemeinderat mitgestalten. Drittens: Gestern wurde wieder ein Kind angefahren. Wir sind als Gemeinderat verpflichtet, die Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu gewährleisten. Deshalb muss der innerörtliche Verkehr sicherer werden. Nicht nur auf Fernstraßen, leider auch innerorts lässt die Aufmerksamkeit der Fahrer in erschreckender Weise ab. Wie ist es sonst zu erklären, dass selbst auf Zebrastrifen die Gefährdung der Fußgänger (auch mit reflektierender Kleidung) immer mehr zunimmt. Der Verkehr innerorts muss noch mehr beruhigt, d.h. verlangsamt werden. Lärm, Abgase und Feinstaub werden so reduziert, vor allem aber die Gefährdung von Fußgängern und Radfahrern, trotzdem sollte man auch den Radfahrern begegnen, die da nachts unbeleuchtet zunehmend durch die Gegend fahren, auch das geht nicht. Unser Ordnungsamt muss deshalb so ertüchtigt werden, dass es die Einhaltung der bereits bestehenden Verkehrsregeln überwachen kann. Auch in 30er-Zonen wird noch zu viel gerast. Blicken wir zur Nachbargemeinde Walldorf. Dort kann man's. Warum nicht auch bei uns? Deshalb packen wir's an. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Die Haushaltssatzung 2018 mit Haushaltsplan wird gemäß Anlage 1 erlassen.

2. Die Wirtschaftspläne 2018 der Eigenbetriebe

- a) **Gemeindewasserversorgung St. Leon-Rot**
- b) **Abwasserentsorgung St. Leon-Rot**
- c) **Erholungsanlage St. Leoner See**

werden gemäß den beigefügten Anlagen 2 - 4 beschlossen.

3. Der Gemeinderat stimmt der Erhöhung des Eigenkapitals im vorstehend beschlossenen Gemeindehaushalt 2018

- **des Eigenbetriebs „Wasserversorgung St. Leon-Rot“ um 900.000 €,**
- **des Eigenbetriebs „Erholungsanlage St. Leoner See“ von 927.500 €,**
- **des Eigenbetriebs „Abwasserentsorgung St. Leon-Rot“ von 305.000 € und**
- **der Kommunalen Wohnungsbau GmbH von 200.000 €**

zu. Die Betriebe werden ermächtigt, die Erhöhungen bei Bedarf ohne weitere Beteiligung des Gemeinderates abzurufen.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö

Tagesordnungspunkt: 7

**Harres Veranstaltungs-GmbH, Wirtschaftsplan 2018
mit Finanzplanung 2021**

- 841.96 -

Ausführungen und Beschluss:

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018**

Bürgermeister Dr. Eger sowie die **Gemeinderäte Anneliese Runde, Torsten Weis, Roman Heger, Birgit Klemenz und Marina Krenzke** erklären sich für befangen und nehmen im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister-Stellvertreter Michael Herling übernimmt die Sitzungsleitung.

Geschäftsführer Silvio Petersohn legt die Wirtschaftsplanung 2018 dar. Aufgrund der bereits vorliegenden Buchungen kann von einem guten Wirtschaftsjahr ausgegangen werden, sodass mit Umsatzerlösen von 770.000 € gerechnet werden kann. Abzüglich eines Materialaufwands von 180.000 € wird mit einem betrieblichen Rohertrag von 590.000 € gerechnet. Dem gegenüber stehen Personalaufwendungen in Höhe von 570.000 € und sonstige betriebliche Aufwendungen für Abschreibungen, Wartungen, Instandhaltungen, Pflichtprüfungen etc. in Höhe von 311.000 €, sodass mit einem Verlust von 291.000 € zu rechnen ist. Dieser bewegt sich damit innerhalb des vorgesehen Defizitenausgleichs. Bei der Finanzplanung 2019 bis 2021 wird von einem ähnlichen Buchungsverhalten ausgegangen. Die voraussichtlichen Verlustergebnisse sind durch die vorgesehenen Defizitenausgleiche abgedeckt, sodass die Liquidität der Harres GmbH gesichert ist.

Auf Frage von **Gemeinderat Udo Back**, wie man diese Verlusthöhe entgegenwirken könnte, verweist **Geschäftsführer Silvio Petersohn** darauf, dass die Einnahmen sogar höher geworden sind als 2016, jedoch auch höhere Ausgaben für gesetzlich vorgeschriebene Wartungen anfallen. Das größte Potenzial für Verbesserungen ist die Verstärkung des Tagungsgeschäftes.

Auf Frage von **Gemeinderat Roland Hecker** in welchen Bereichen die Verluste entstehen, antwortet **Geschäftsführer Silvio Petersohn**, dass die Gastronomie gewinnbringend arbeitet, jedoch Kultur und Sport durch die von der Gemeinde unterstützte Vereinsnutzung Verluste verursachen.

Gemeinderat Norbert Knopf weist darauf hin, dass man umschichten könnte, wenn man ein ausgeglichenes Ergebnis haben möchte, allerdings trägt seine Fraktion den Verlustausgleich in der bisherigen Weise mit.

Auf Frage von **Gemeinderat Klaus Grün** nach der Anzahl der Beschäftigten, antwortet Geschäftsführer Silvio Petersohn, dass der Harres zehn Festangestellte und 14 bis 16 Aushilfen für Veranstaltungen beschäftigt.

Gemeinderat Erwin-Peter Albert weist darauf hin, dass im Harres viel investiert wird und dementsprechend beträchtliche Wartungskosten anfallen.

Gemeinderat Tobias Rehorst trägt das negative Betriebsergebnis mit und erinnert daran, dass hier auch ein großer Anteil Vereinsförderung betrieben wird, indem die Gebühren für die Vereinsnutzung seit Inbetriebnahme des Harres nie erhöht wurden.

Gemeinderat Achim Schell hält nichts davon, den Harres zum großen Wirtschaftsunternehmen aufzuziehen, das Gewinn einfahren soll, sondern sieht die Aufgabe des Harres vor allem darin, den Vereinen und Bürgern zur Verfügung zu stehen, und möchte deshalb dem üblichen Verlustausgleich zustimmen. Wenn dann noch mehr Einnahmen generiert werden können, ist das willkommen. Auf seinen Hinweis wegen Beschwerden von Sportbesuchern, dass es zu kalt sei, antwortet **Ortsbaumeister Peter Dietz**, dass über dem Besucherbereich Heizplatten in Betrieb genommen wurden und das Problem zwischenzeitlich gelöst ist.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, im Rahmen einer Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan 2018 mit der Finanzplanung bis 2021 zu beschließen.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Harres Sporthalle, Errichtung einer Zufahrtsrampe hier: Tiefbauarbeiten, Auftragsvergabe	- 841.11 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger übernimmt die Sitzungsleitung.

Ortsbaumeister Peter Dietz hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Baubeginn ist in der kommenden Woche geplant. Während der Bauphase wird ein Parkfeld belegt. Die Rampe wird überdacht.

Gemeinderat Torsten Weis regt an zukünftig Ausführungsfristen in die Vorlagen zu schreiben.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag für die Tiefbauarbeiten zur Errichtung einer Zufahrtsrampe zum Kellergeschoss der Sporthalle an die Firma Carsten Grimmig GmbH aus Heidelberg mit einer vorläufigen Auftragssumme von 349.700,64 € zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	9
---	---------------------	---

Kommunale Wohnungsbau GmbH, Wirtschaftsplan 2018 mit Finanzplanung bis 2021	- 644.1 -
--	-----------

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger sowie die **Gemeinderäte Siegfried Köck, Klaus Grün, Andrea Ronellenfitsch, Ferdinand Speckert, Rouven Dittmann** und **Norbert Knopf** erklären sich für befangen und nehmen im Zuhörerraum Platz.

Bürgermeister-Stellvertreterin Anneliese Runde übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau Simone Heger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Im Erfolgsplan 2018 ist ein leichter Verlust von 31.600 € geplant. Im Vermögensplan wurde der Eigenkapitalzuschuss der Gemeinde in Höhe von 200.000 € für den Ausbau der Dachgeschosswohnung in der Kolpingstraße 1a und die Hälfte des Investitionsbedarfs eingeplant, der für den Neubau im Cranachring notwendig sein wird, weil das Projekt voraussichtlich erst 2019 fertiggestellt und bezugsfertig sein wird. Der Vermögensplan wird daher in Einnahmen und Ausgaben auf 3.427.723 € festgesetzt. Verpflichtungsermächtigungen für die zweite Hälfte der Investitionen Cranachring sowie der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen und der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf je 500.000 € festgesetzt. 2017 erfolgte Erwerbe und Verkäufe von Objekten; diese müssen erst noch über den Gemeinderat laufen und sind im vorliegenden Wirtschaftsplan noch nicht abgebildet.

Gemeinderat Tobias Rehorst unterstützt die Bemühungen der KWG, mit 93 Wohnungen kostengünstigen Wohnraum für sozial schwächere Bevölkerungsschichten zur Verfügung zu stellen und auch weitere Wohnungen noch zu erschließen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, im Rahmen einer Gesellschafterversammlung der KWG den Wirtschaftsplan 2018 mit Finanzplanung bis 2021 zu beschließen.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	10
---	---------------------	----

Beteiligungsbericht 2016 der Gemeinde St. Leon-Rot	- 913.65 -
--	------------

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger übernimmt die Sitzungsleitung und hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 der Gemeinde St. Leon-Rot zur Kenntnis.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	11
---	---------------------	----

Erholungsanlage St. Leoner See, Erschließung von Komfortplätzen und Stellplätzen für das Campen von Hund hier: Elektroarbeiten, Auftragsvergabe	- 591.20.1 -
---	--------------

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Auf Frage von **Gemeinderätin Marina Krenzke** nach dem Zeitplan informiert **Ortsbaumeister Peter Dietz**, dass die Komfortplätze bis Saisonbeginn an Gründonnerstag und Campen mit Hund an Pfingsten fertiggestellt sein sollen.

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, den Auftrag für die Elektroarbeiten zur Erschließung der Komfortplätze bzw. der Stellplätze für das Campen mit Hund an die Firma Thome Elektrotechnik aus St. Leon-Rot zu einer vorläufigen Auftragssumme von 147.907,43 € zu erteilen.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	12
Bebauungsplan „Reilinger Straße links, 3. Änderung“		
1. Beratung und Beschlussfassung über das Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und das Ergebnis der Offenlage		
2. Satzungsbeschluss		552.24.2 -

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

1. Im Rahmen der Beteiligung nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Offenlage nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplans „Reilinger Straße links, 3. Änderung“ wurden keine inhaltlichen Stellungnahmen bzw. Anregungen vorgebracht, die zu einem Änderungserfordernis des Bebauungsplanentwurfs führen.
2. Der Bebauungsplan „Reilinger Straße links, 3. Änderung“ in der Fassung der Offenlage wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 10 Abs. 1 BauGB, § 13 b BauGB und § 4 GemO als Satzung beschlossen. Die beigefügte Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	13
Verschiedenes		- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

- keine -

Sitzung am: Dienstag, 23. Januar 2018 Nr. 1 Ö	Tagesordnungspunkt:	14
Wünsche und Anfragen		- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Adolf Geider erkundigt sich nach dem Kiesaushub im Kirr.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass der Aushub des Neubaus eines Stiftungsgebäudes mit Tiefgarage der Dietmar-Hopp-Stiftung momentan zwischengelagert und später zur Erdmodellierung des Kurzlochplatzes weiterverwendet wird.

Gemeinderat Achim Schell fragt, ob die neue Ampelanlage L 546 in Höhe der Fußballgolfanlage dauerhaft in Betrieb sein muss oder nach Bedarf abgeschaltet werden kann, er regt eine entsprechende Mitteilung in den Gemeindenachrichten an. Er gibt auch die Anregung weiter, die Gemeinderatsprotokolle in den Gemeindenachrichten in einer größeren Schrift abzdrukken. Des Weiteren bittet er auf die Eigentümer des Grundstücks in der Weinbergerstraße einzuwirken, dass die Grundstückspflege ordnungsgemäß erfolgt.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu letzterem Erledigung zu. Beim Seitenumfang des Gemeindeblattes ist es immer eine Gratwanderung auch im Hinblick auf die Kostenseite. Bezüglich der Ampelanlage erinnert er an die im Vorfeld erhobenen Forderungen aufgrund der befürchteten Riesen-Verkehrsströme.

Auf Frage von **Gemeinderat Roland Hecker** wegen der unbeleuchteten Wegstrecke zwischen Turnhalle Mönchsbergschule und Amselplatz antwortet **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, dass die LED-Leuchten bereits

Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.01.2018

bestellt sind. Bei der Baumaßnahme am Erlengrund bittet er darum, dass der Zugang zum Briefkasten vor der Absperrung und nicht dahinter möglich ist.

Auf Frage von **Gemeinderat Siegfried Köck** nach der Asphaltierung der Bushaltestelle in der Wieslocher Straße antwortet **Bauamtsleiter Werner Kleiber**, das es sich hier nur um eine vorläufige Decke handelt und nach Fertigstellung aller acht Bushaltestellen dann die endgültigen Decken aufgebracht werden.

Gemeinderat Udo Back bittet die Bushaltestellen bis zur nächsten Wintersaison mit Beleuchtung auszustatten, um sie sicherer, freundlicher und angenehmer zu machen. Er möchte es bei diesem mündlichen Antrag belassen.

Gemeinderat Norbert Knopf fragt nach dem Sachstand des Baumes am Kreisel Reilinger Straße. Er regt an die Ampel an der L 546 nachts abzuschalten, da dort keinesfalls Verkehr wegen der Fußballgolfanlage herrscht. **Bürgermeister Dr. Eger** wird die Ampeltechnik prüfen lassen. Bezüglich des Baumes steht noch eine Prüfung der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zur Versetzung des OD-Schildes aus.